



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

2/XIII/68 - 22. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Times: "Atomwaffen durch Adenauers Wunsch veranlaßt" Bundestagsdebatte im Spiegel der Auslandspresse	75
2	Strassburg - ein neuer anfang? Freihandelszone als nächste Aufgabe	46
3	Der Missbrauch der Briefwahl "In einem christlichen Heim wird nur CDU gewählt"	44
4	"Führergürtel" für 8,75 DM liefert die "Rüstkammer"	29
5 - 7	Entschiedenes "Nein" zu Atomwaffen Pastorenbrief an evangelische Gemeinde	131

* * * * *

22. März 1958

Times: "Atomwaffen durch Adenauers Wunsch veranlasst"

sp- Alle Berichte der Auslandspresse über den Verlauf der ausserpolitischen Bundestagsdebatte zeigen, wie gross die Bedeutung ist, die man jenseits der deutschen Grenzen den in diesen Tagen getroffenen Entscheidungen zumisst. Der überwiegende Teil der westeuropäischen und amerikanischen Presse beglückwünscht Bundeskanzler Dr. Adenauer zu seiner "festen Haltung", die auch die atomare Ausrüstung der Bundeswehr einschliesst.

Interessant ist jedoch, dass so vorsichtige Zeitungen, wie die Londoner "Times" und der konservative "Daily Telegraph", jetzt schon darauf hinweisen, dass die deutsche Regierung selbst die atomare Bewaffnung ihrer Armee wünsche. "Times" sagt zum Beispiel:

"die Annahme von Atomwaffen durch Deutschland ist durch Dr. Adenauers Wunsch veranlasst worden, Westdeutschland als guten Verbündeten zu beweisen ..."

Und dann heisst es weiter in der gleichen Zeitung: "Die Art, in der sie (die Situation) sich jetzt entwickelt, ist eher dazu angetan, die Spannungen zu verschärfen, die ein Hindernis für die Wiedervereinigung sind, als sie zu mindern". Nach einem Hinweis darauf, dass die Sozialdemokratie behauptet, nach der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen würde die Aussicht auf eine Zustimmung der Sowjetunion für die Wiedervereinigung schwinden, stellt "Daily Telegraph" fest: "Dies kann sich wohl als wahr erweisen".

Das französische Massenblatt "Paris-Journal" erklärt: "Der Graben, der Regierungsmehrheit und Opposition trennt, hat sich noch vertieft, und die von der Mehrheit gewählte Marschrichtung, die zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen führt, bleibt unveränderlich".

Spürbar ist bei den Kommentaren fast aller westlichen Zeitungen, die seit Jahren Adenauers Politik befürworten, dass ihnen trotz ihrer auch diesmal dem Bundeskanzler wieder gewährten Hilfestellung nicht wohl ist. In einzelnen Artikeln taucht sogar die Frage auf, ob man der Bundesrepublik überhaupt Atomwaffen überlassen dürfe. Um späteren möglichen Vorwürfen vorzubeugen, hat denn wohl auch die "Times" sehr akzentuiert darauf hingewiesen, dass Adenauer selbst den Weg der Atomausrüstung wählte...

Daß die Presse der Ostblockstaaten die von der Mehrheit des Bundestages befürwortete Aufrüstung der Bundesrepublik mit Atomwaffen heftig kritisiert, ist selbstverständlich. Das war nicht anders zu erwarten und wird sicher niemanden überraschen.

Eine echte Niedergeschlagenheit kommt aber in den Pressестimmen aus Warschau zum Ausdruck. Alle Zeitungen sprechen vom "Ernst der Situation für Polen", von der "Politik der vollendeten Tatsachen". Sie weisen darauf hin, daß die Besorgnisse der polnischen Öffentlichkeit in höchstem Maße begründet sind, und daß "diese Art, vollendete Tatsachen zu schaffen eine absichtliche Verschlechterung der Weltsituation" bedeutet.

Bittere Worte findet die Zeitung "Slowo Powazeczne": "Statt eine Politik zu betreiben, die der Welt den Anfang der Sicherung eines Friedens geben könnte, führt diese Politik zu einer Kettenreaktion des Rüstungswettlaufs." Und mit einem Hinweis auf den Besuch von Carlo Schmid in Polen und den herzlichen Empfang, den man dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten bereitet hat, heißt es:

"Auf diese Weise wurde betont, daß die Politik des polnischen Außenministeriums nicht in eine antideutsche Richtung geht."

Damit will diese Zeitung zweifellos sagen, daß die Härte der polnischen Reaktion auf die Bundestagsdebatte nicht antideutsch ist, sondern sich gegen die Atompolitik der Regierung Adenauer richtet.

Mehrere polnische Zeitungen deuten auch die Konsequenzen für Polen selbst an, die sich aus dem Willen der Bundestagsmehrheit, die Bundesrepublik atomar aufzurüsten, ergeben. Hier kommt die tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß Polen zwangsläufig nach der Zurückweisung von Verhandlungen über den Rapacki-Plan durch die Regierung der Bundesrepublik wieder in die Arme der Sowjetunion getrieben werden könnte.

Dies ist also das vorläufige Fazit dessen, was man in Bonn "Außenpolitik" zu nennen pflegt: In Westeuropa Glückwünsche für Adenauer und Hinweise darauf, daß er selbst Atomwaffen will und nicht davor gedrängt wird - bei gleichzeitigem Eingeständnis, daß sich die Spannungen zwischen Ost und West noch verschärfen werden -, in Osteuropa, in Warschau, die bittere Feststellung, daß der durch die Rapacki-Vorschläge eingeleitete Versuch zur Entkrampfung des Verhältnisses zwischen Ost und West von der Adenauer-Regierung nicht beachtet wird.

Strassburg - ein neuer Anfang ?

H.E.D.- In Strassburg hat diese Woche die Gemeinsame Versammlung der drei europäischen Gemeinschaften - Gemeinsamer Markt, Montanunion und Euratom getagt. Zu einer der Aufgaben dieses parlamentarischen Kontrollorgans, das in den Verträgen von Rom für die Staaten Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Holland vorgesehen wurde, gehört unter anderem als wichtige Aufgabe, Massnahmen zu beraten, wie eine Verbindung zwischen den sechs Staaten und den übrigen, in der OEEC zusammengeschlossenen Ländern Europas herbeigeführt werden kann.

In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass zum Beispiel Grossbritannien seit längerer Zeit nach einem intensiven wirtschaftlichen Austausch mit den europäischen Festlandstaaten drängt. Dies ist einmal durch die Überlegungen bedingt, das Potential der europäischen Wirtschaft besser ausbeuten zu können, wenn man gemeinsame handels- und wirtschaftliche Übereinkommen trifft, zum anderen aber auch durch die weltpolitische Verschiebung der letzten Zeit, die England auf den zweiten Platz in der Hierarchie der Grossmächte verwiesen hat. Man darf also ruhig behaupten, dass die "europäischen" Bekenntnisse Londons mehr sind als vage Lippenbekenntnisse es, wenn die kleinen Sechs immer wieder Versuchen ausweichen, zu einem echten Gespräch über die Ausweitung des Gemeinsamen Marktes, beispielsweise, in ein sogenanntes Freihandelsgebiet, zu kommen, das Gesamt-europa umfassen würde. Man geht nicht fehl in der Annahme, dass es vor allem der französische Partner ist, der an einer umfassenden europäischen Wirtschaftszone nicht so interessiert ist.

Sehr offen hat England den Grund für die Haltung der Pariser Regierung in dieser Frage aufgezeigt: Frankreich befürchtet, dass ein sofortiger Start des Wettbewerbs der europäischen Industrien vor allem die französische Forst- und Landwirtschaft sowie Teile der Stahlindustrie sehr stark bedrängen würde. Dass diese Furcht in der Erhaltung protektionistischer Vorstellungen ein Mittel zur Rettung sieht, ist verständlich; weniger verständlich aber ist es, wenn man solche Auffassungen mit dem so oft beschworenen Geist europäischer Zusammenarbeit koppeln will.

Ende dieses Monats findet in Paris die Tagung der siebzehn Partnerstaaten der OEEC statt. Bis dahin müssen sich die bis jetzt bestehenden europäischen Wirtschaftsorgane geeinigt haben, welche Haltung sie einnehmen wollen. Interpretiert man die Äusserungen des Präsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Professor Hallstein, dahingehend, dass das wirtschaftliche Niveau zwischen der Gemeinschaft der Sechse und den übrigen europäischen Ländern allzu unterschiedlich ist, um einen Start der europäischen Freihandelszone zu ermöglichen, dann allerdings wird es in Paris scharfe Auseinandersetzungen geben. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Italiens Aussenhandelsminister Carli, früher einer der orthodoxen Befürworter des wirtschaftlichen Kleineuropas, sich nun als Befürworter des englischen Projektes der Freihandelszone hinstellt. Vielleicht heben ihm die Vorstellungen einiger asiatischer und afrikanischer Länder, die sich sehr beunruhigt über das Zustandekommen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zeigten, zu jenem Lichtblick verhelfen.

+ + +

Der Missbrauch der Briefwahl

W.P.- Bei der Beratung des Bundeswahlgesetzes forderte die CDU/CSU-Fraktion die Einführung der "Briefwahl", die Reisenden im Ausland sowie Alten, Kranken und Gebrechlichen ermöglichen sollte, ihre Stimme zur Bundestagswahl auf Antrag brieflich abzugeben. Da niemand ein Interesse daran haben könnte, diesen Bevölkerungsgruppen die Teilnahme an der Wahl zu erschweren oder gar unmöglich zu machen, wurde diese Bestimmung ohne Widerspruch in das Gesetz aufgenommen. Man konnte damals noch nicht wissen, dass die CDU später nicht nur eine systematische Flugblattpropaganda um die Briefwahl starten würde, sondern dass selbst Abgeordnete eingestellt wurden, um in persönlichen Schreiben alten und verhinderten Wählern aufzufordern Antragsformulare für die Briefwahl zu übersenden und sie gleichzeitig zur Wahl von CDU-Kandidaten aufzufordern. Ausserdem benutzen CDU-Anhänger das neue Verfahren, um in Krankenhäusern, Altersheimen und Anstalten, in denen sie über entsprechenden Einfluss verfügen, Wähler mittels der Briefwahl zur Stimmabgabe für die CDU zu veranlassen. In einer grossen Zahl von Fällen wurde das Wahlgeheimnis verletzt und der Wähler unter moralischen Druck gesetzt.

Es war daher nicht weiter verwunderlich, dass die CDU/CSU über 60 % der Briefwahlstimmen erhielt, obwohl ihr Stimmdurchschnitt nur 49,6 % betrug. Die Erfahrungen bei dieser Wahl waren also dazu geeignet, vor einer Nachahmung in anderen Parlamenten zu warnen. Bemerkenswerterweise versuchte nämlich die CDU in den Ländern, wo Landtagswahlen bevorstehen, die Briefwahl durch Antrag in das Wahlgesetz einzufügen. In Nordrhein-Westfalen und Berlin wurde dies bereits mit dem Hinweis auf die bei der Bundestagswahl gemachten Erfahrungen abgelehnt. Es ist jedoch zu erwarten, dass die Christlichen Demokraten auch in den anderen Bundesländern den Versuch machen werden, aus der Einführung der Briefwahl parteipolitisches Kapital für sich zu schlagen.

Allerdings wird ihnen dabei der Hildesheimer Prozess um die Vorgänge in dem katholischen Altersheim "Magdalenenhof" nicht gerade gelegen kommen, der kürzlich zur Verurteilung der Büroleiterin geführt hatte. Diese hatte erklärt: "In einem christlichen Heim wird nur CDU gewählt!" und liess die Stimmzettel vor ihren Augen ankreuzen. Zahlreiche Zeugen haben vor Gericht ausgesagt, dass die Büroleiterin ihnen beim Ausfüllen der Wahlzettel die Hand geführt und Stimmzettel "kontrolliert" hatte. - Aber das Urteil von 100 DM Geldstrafe für eine so offensichtliche Verletzung des Wahlgeheimnisses in einer ganzen Reihe von Fällen dürfte trotz der Bedeutung des demokratischen Grundrechtes der freien und geheimen Wahl so milde ausgefallen sein, dass eine abschreckende Wirkung davon kaum zu erwarten ist.

Umso mehr scheinen die nachteiligen Auswirkungen der Briefwahl die Vorteile zu überwiegen, so dass ernstlich überlegt werden sollte, ob nicht auch im Bund eine Abschaffung dieser Regelung aus allgemeinen demokratischen Gründen zu fordern ist.

"Führergürtel" für 8,75 DM...
...liefert die "Rüstkammer"

G.B.- Nicht die Existenz eines Heeres allein ist schon das Kennzeichen des Militarismus. Er entsteht im allgemeinen erst dann, wenn auch die Zivilisten vor militärischen Formen, Attributen und Traditionen in die Knie gehen. Deutschland hat auf diesem Gebiet leider oft den Hang zum "Vorbildlichen" gehabt. Kriegervereine, vor- und paramilitärische Organisationen bestimmten bei uns jahrzehntelang das Bild. Erst die grosse Säsur des Jahres 1945 schien diese unguete Tradition durchbrechen zu haben.

Offenbar ist aber die Errichtung der Bundeswehr für Reisende in militaristischen Gefühlen, die sich bis dahin bescheiden im Dunkeln gehalten hatten, das Startsignal, um wieder mit Trara, Fressen und Flaggen ins Geschäft zu steigen. "Wahrscheinlich glauben sie, dass die deutsche Öffentlichkeit ohne "Kaiserliche Reichskriegsflaggen", ohne "Führergürtel" und "nationale Kordeln in den Farben Schwarzweissrot" nicht mehr auskommen kann. Die "Rüstkammer" nennt sich sinnigerweise ein Versandgeschäft solcher Scherzartikel, das in Assmannshausen beheimatet ist und jetzt seinen Verkaufskatalog verschickt.

Wenn sich derartige Geschäfte auf die Ausrüstung der Soldaten mit Uniformeffekten und sonstigen Zubehör beschränken würden, täten sie besser. Denn die deutsche Öffentlichkeit wird es sich verbitten, dass auch der zivile Bereich von solchen dunklen Existenzen mit aufgerüstet wird. Die Militarisierung des gesellschaftlichen und privaten Lebens ist uns in so schlechter Erinnerung, dass wir von jeder Art Emblemen und Abzeichen, die im militärischen Raum ihren Sinn haben mögen, verschont bleiben wollen. Unsere Zeit ist über die kaiserliche Reichskriegsflagge ebenso hinweggeschritten wie über das Hakenkreuz. In ihr haben die Geschäftemacher mit militaristischen Traditionen keinen Platz mehr.

Entschiedenenes "Nein" zu Atomwaffen

sp- Die aufwühlende Frage, ob ein Christ der Atombewaffnung zustimmen kann, haben zwei Hamburger evangelische Pastoren "um Gottes und der Menschen willen" mit einem entschiedenen "Nein" beantwortet. Nachstehend veröffentlichen wir den Brief der beiden Pastoren an die Mitglieder ihrer Gemeinden:

Ev.-reformierte Gemeinde
Hamburg-Altona
Palmaille 37

Ev.-presbyterianische Gemeinde
(Jerusalemkirche)
Hamburg 6
Schifferkaampallee 36

Liebe Gemeindemitglieder!

Lassen Sie uns heute Stellung nehmen zu einer Frage, die immer brennender zu einer Lebensfrage für uns alle wird und insbesondere von den Christen eine klare Entscheidung fordert. Wir meinen die Frage, in welcher Weise die Verantwortung für den Schutz unseres Landes und unserer politischen Ordnung wahrgenommen werden soll.

Allen, die in der letzten Zeit aufmerksam die Zeitungen gelesen haben, kann nicht entgangen sein, dass sich in unserer Regierung die Überzeugung durchzusetzen beginnt, dass eine wirksame Verteidigung unseres Landes nur noch möglich ist, wenn nicht nur die bei uns stationierten amerikanischen und englischen Truppen, sondern auch unsere eigene Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden. Es sieht so aus, als ob im Grunde genommen die Entscheidung schon gefallen ist. Es ist das aber eine Entscheidung von einer solchen Tragweite, dass wir sie nicht einfach der Einsicht und dem Remissen der Politiker überlassen dürfen, und darum muss auch in einem Gemeindebrief dazu Stellung genommen werden.

Worum geht es?

In der Erörterung über diese Frage wird vielfach so getan, als handle es sich bei den Atomwaffen nur um besonders wirksame Waffen, mit denen ein Volk sein Leben, seine Freiheit und seinen Bestand schützen und verteidigen könnte.

Aber allein schon um der Sauberkeit unseres Sprachgebrauchs willen muss gesagt werden, dass die sogenannten Atomwaffen überhaupt nicht mehr als Waffen bezeichnet werden können, mit denen bedrohtes Leben und bedrohte Freiheit geschützt und verteidigt werden kann. Sie sind reine Massenvernichtungsmittel und sollten darum auch so bezeichnet werden.

Und wenn Jesus schon vom Schwert sagte: "Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert unkommen", so trifft das bestm. in einer buchstäblichen Weise für die sogenannten Atomwaffen zu.

Wohl hat Luther die Frage, ob ein Kriegsmann im seligen Stande sein könnte, mit einem klaren Ja beantwortet, weil er damit ernst machte, dass es in dieser argen Welt Aufgabe und Auftrag des Staates ist, das Leben seiner Bürger notfalls mit Waffengewalt zu schützen. Und noch in der Berner theologischen Erklärung von 1954 heisst es: "Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung, die Aufgabe hat, in der noch nicht gelösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Mass menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen". Wer

aber kann allein Ernstes heute noch behaupten, dass die sogenannten Atomwaffen geeignete Mittel seien, das Leben der Schwachen und Bedrohten zu schützen und für die Erhaltung von Recht und Frieden zu sorgen. Es ist aber eine unmögliche Ausflucht, wenn man die Massen zwischen "Androhung" und "Ausübung der Gewalt" unterscheidet, dass man sagt, man brauche die sogenannten Atomwaffen nur zur Androhung von Gewalt, um einen möglichen Angreifer abzuschrecken, anwenden werde man sie natürlich nicht. Wer mit Atomwaffen drohen will, muss im Ernstfall auch dazu bereit sein, sie anzuwenden und wird dann auch dazu bereit sein.

Anwendung bedeutet hier aber gerade Zerstörung dessen, zu dessen Schutz sie angeblich angewandt werden, sie bedeutet die Vernichtung des Lebens gerade derer, die sich in keiner Weise schützen können, sie bedeutet Aufhebung jeglichen Rechtes und Zerstörung aller Ordnung.

Schon der letzte Krieg, den wir alle noch schrecklich genug in Erinnerung haben sollten, war ja in keiner Weise mehr zu rechtfertigen als ein Versuch, laut göttlichen Auftrag durch "Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen", er begann vielmehr von deutscher Seite mit einer schrecklichen Durchbrechung von Recht und Frieden und wurde dann von beiden Seiten so geführt, dass er praktisch die Aufhebung des noch im 1. Weltkrieg einigermaßen geltenden Kriegerechts bedeutete. Es ist die Christenheit beschämend, dass sie das nicht früh genug und nicht deutlich genug ausgesprochen hat. Immerhin erinnern wir uns noch daran, dass in den Wehrmachtberichten des letzten Krieges noch Wert gelegt wurde auf die Formulierung, es seien durch Luftangriffe "militärische Ziele" angegriffen worden, obwohl das längst schon nicht mehr den Tatsachen entsprach. Aber hier lebte noch ein Rest von Erinnerung daran, dass auch im Kriege noch nicht alles Recht aufgehoben sein darf.

Die Anwendung von Atomwaffen macht aber jede Unterscheidung von militärischen und nichtmilitärischen Zielen, von Soldaten und Zivilbevölkerung vollends unmöglich. Der Soldat am Atomgeschütz oder in einem mit Atombomben beladenen Flugzeug muss im Ernstfall zum Massenmörder werden.

Müssen wir aber klar erkennen, dass Atomwaffen keine Waffen mehr sind, mit denen ein Volk im Notfall das Leben der Schwachen schützen und für Recht und Frieden sorgen kann, so können wir auch der Folgerung nicht ausweichen, dass die Herstellung von Atomwaffen, die Ausrüstung von Truppen mit solchen Waffen und ihre Anwendung gegen Gottes Willen und Gebot sind. Wie aber soll und kann erwidert werden, gegen Gottes Willen und Gebot zu handeln? Etwa, dass andere das auch tun, und wir unser Leben nur noch dadurch retten können, dass wir es auch tun? Hier herrscht eine unheimliche Verwirrung der Geister und Gewissen, an der nur der Satan seine Freude haben kann, an der aber kein Christ sich beteiligen sollte. Und wer seine trotzige Zuflucht nehmen will bei dem Wort: "Lieber tot als Sklave", der soll sich gesagt sein lassen, dass das kein christliches Wort ist. Christlich aber ist es, lieber zu sterben als gegen Gottes Willen und Gebot zu handeln. Es soll aber auch ausgesprochen werden, dass nur noch in Schernsinn gegen Gottes Willen und Gebot eine Hoffnung für eine irdische Zukunft liegt. Hier sind wir gefragt, ob wir Gott noch etwas zutrauen.

Was können wir tun ?

Sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass die sogenannten Atomwaffen keine Waffen mehr sind, mit denen der Staat seinen göttlichen Auftrag entsprechen, sondern nur noch ihn zu wider handeln kann, so haben wir diese Überzeugung so laut und vernünftig in der Öffentlichkeit zu Ausdruck zu bringen, dass unsere Politiker, die ja um die Last ihrer Verantwortung wahrlich nicht zu beneiden sind, das nicht überhören können. Es muss endlich "die Logik des Wahnsinns" in politischen Denken und Handeln, wie C.Pr. von Weizsäcker es genannt hat, durchbrechen und der Schritt in die Freiheit getan werden. Es gibt keine politische Notwendigkeit, die von Gehorsam gegen Gottes Willen und Gebot befreit könnten, und nur der G. Gehorsam gegen Gottes Willen und Gebot macht wirklich frei.

Wiele Theologen haben bereits erklärt, dass sie sich durch nichts und durch niemanden dazu bewegen lassen werden, sich an der Herstellung von Atomwaffen zu beteiligen. Wie ist es nur möglich, dass Christen zögern, gerade so entschieden ihr Nein zu sprechen?

Vor allen Dingen sollten all diejenigen, die bei der letzten Bundestagswahl unter Hintertstellung der Frage der Verwendung der Atomwaffen die jetzigen Regierungsparteien gewählt haben, jetzt unüberhörbar deutlich zum Ausdruck bringen, dass sie die Regierung damit nicht bevollmächtigt haben, unsere Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten.

Altern sollten sich zusammen mit ihren herauswachsenden Söhnen mit allem Ernst die Frage vorlegen, ob es unter den gegebenen Umständen noch möglich ist, in Verantwortung vor Gott und in Verantwortung für den Staat Wehrdienst zu leisten. Niemand versuche sich hier mit der billigen Ausflucht zu helfen: "Mein Sohn wird ja nicht gerade mit Atomwaffen zu tun bekommen".

Wahren wir aller Resignation unter uns, als könnten wir ja doch an allem nichts ändern. Das ist schon einmal unserem Volk zum schweren Verhängnis geworden. Sprechen wir um Gottes und um der Menschen willen ein entschiedenes und vernünftliches NEIN !

Johann Lübbe, Pastor

Mace Boertin, Pastor

Verantwortlich: Günter Markscheffel